

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Dezember 1956

39/A.B.Anfragebeantwortung

zu 37/J

In Beantwortung einer Anfrage der Abgeordneten K y s e l a und Genossen, betreffend die Erhöhung der Prämien für die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung, teilt Bundesminister für Finanzen Doktor K a m i t z folgendes mit:

Das Bundesministerium für Finanzen hat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau eine Verordnung, betreffend Änderung des Geschäftsplanes in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung erlassen, die eine Neuordnung der Prämien in diesem Versicherungszweig ab 1. Jänner 1957 vorsieht. Die Verordnung ist einerseits durch die Erhöhung der Pflichtversicherungssummen und andererseits durch den bisherigen verlustreichen Verlauf der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung notwendig geworden; sie bringt eine Zwischenlösung, der alle Versicherungsunternehmungen zugestimmt haben.

Die Pflichtversicherungssummen, die gegenwärtig 75.000 S bei Verletzung oder Tötung einer Person, 300.000 S bei Tötung oder Verletzung mehrerer Personen durch ein Ereignis und 30.000 S für Sachschäden betragen (kurz: 75.000/300.000/30.000), werden durch eine Verordnung des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen vom 1. Jänner 1957 an auf S 120.000/400.000/40.000 und vom 1. Jänner 1958 auf S 200.000/600.000/60.000 erhöht. In der zweiten Staffel werden die Pflichtversicherungssummen somit das Doppelte, bei Verletzung oder Tötung einer Person das 2 2/3fache der bisherigen Pflichtversicherungssummen betragen.

Der Kraftfahrbeirat hat in seiner Sitzung vom 5. November 1956 dieser Erhöhung der Pflichtversicherungssummen in Kenntnis der wesentlichen Bestimmungen der vorliegenden Verordnung einstimmig zugestimmt.

Der durch die Verordnung angeordnete Tarif ist ein Höchstattarif; die Versicherungsunternehmungen können in ihrem Geschäftsplan von diesem Tarif zum Vorteil des Versicherungsnehmers, nicht aber zu seinem Nachteil abweichen. Die Abweichungen können sich auf die Prämiensätze und die Nebengebühren, auf die im Tarif und seinen Vorbemerkungen vorgesehenen Zuschläge und Nachlässe und auf die Sätze für den Kurztarif

6. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 20. Dezember 1956

beziehen. Die im Einzelfall vorgeschriebene Prämie darf in keinem Fall die Prämie nach dem Höchstattarif übersteigen.

Die Versicherungsunternehmungen sind verpflichtet, den Tarif, den sie im Rahmen des angeordneten Höchstattarifes verwenden wollen, dem Bundesministerium für Finanzen als Versicherungsaufsichtsbehörde einzureichen und nach dessen Kenntnisnahme einheitlich anzuwenden. Es steht ihnen frei, den eingereichten Tarif durch einen anderen zu ersetzen, für den dann die gleichen Vorschriften gelten. Bei Anwendung des Höchstattarifes beträgt die Prämienerrhöhung ab 1. Jänner 1958 im Durchschnitt 67 Prozent. Sie ist nach den statistischen Ergebnissen für die einzelnen Fahrzeugkategorien abgestuft und beträgt mindestens 30 Prozent und höchstens 100 Prozent der Prämien für die bisherigen Pflichtversicherungssummen. In der Zeit vom 1. Jänner 1957 bis 1. Jänner 1958 beträgt die Erhöhung die Hälfte der angegebenen Sätze.

Der neue Höchstattarif gilt bis zum 30. Juni 1959; während des ersten Halbjahres 1959 wird er auf Grund der Ergebnisse der Jahre 1957 und 1958 zu überprüfen und allenfalls abzuändern sein.

Die Prämienregulierung schafft auch die Voraussetzungen dafür, von dem Zeitpunkt der Ausdehnung der Versicherungspflicht auf ausländische Kraftfahrzeuge, der auf den 1. April 1958 verlegt werden dürfte, insbesondere auch in Fällen von Fahrerflucht Leistungen an die Verkehrsoffer zu erbringen.

Ein während der Verhandlungen wiederholt geforderter Selbstbehalt der Kraftfahrer wird in der Verordnung für alkoholisierte oder fahrerflüchtige Lenker vorgesehen; er wird aber nur dann wirksam, wenn der Lenker wegen des von ihm verschuldeten Unfalles strafgerichtlich verurteilt worden ist. Die Höhe des Selbstbehaltes nimmt auf soziale Belange Rücksicht. D

Der neue Tarif und die neuen Pflichtversicherungssummen gelten für alle Kraftfahrzeuge unabhängig davon, ob sie bereits zugelassen und daher schon versichert sind, oder ob sie erst künftig zugelassen werden.

Die beiden Verordnungen bringen eine entscheidende Verbesserung zum Schutz der Verkehrsoffer, aber auch der Kraftfahrer, die mit ihrem Einkommen und Vermögen in Anspruch genommen werden, wenn die Versicherungssummen zur Deckung der von ihnen verschuldeten Schäden nicht ausreichen.

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 20. Dezember 1956

Die bisherigen Pflichtversicherungssummen waren vielfach unzureichend, um im Falle der Invalidität oder des Todes eines Verkehrsopfers diesem bzw. seinem Hinterbliebenen eine Rente in der Höhe des Existenzminimums zu sichern.

Der Gesetzgeber verlangt, dass bei der Anordnung eines Tarifs auf die Betriebsgrundlagen der Versicherungsunternehmungen, auf die Bedürfnisse des Kraftfahrverkehrs und auf die Interessen der Versicherungsnehmer und der Versicherungsunternehmungen Bedacht zu nehmen ist. Das Bundesministerium für Finanzen war im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau bemüht, diesem Auftrag in der vorliegenden Verordnung gerecht zu werden.

—•—•—•—